

Podiumsdiskussion zur Gesundheitspolitik von SPD, CSU, FDP und Die Linke / Dr. Ilja Karl :

"Hausarzt ist ein Superjob – aber nicht in Deutschland"

Von Holger Thiel



Hans-Heinrich Jordan

Elektronische Gesundheitskarte, Beitragsbemessungsgrenze, Sachleistungsprinzip: Die Gesundheitspolitik ist ein Dschungel der Begriffen. Die Patienten schauen da längst nicht mehr durch. Was sie aber wissen : Sie müssen immer mehr bezahlen und immer länger auf einen Arzttermin warten. Der Arendseer Dr. Ilja Karl brachte am Mittwoch etwas Licht in jenen Bereich, der jährlich 245 Milliarden Euro verschlingt.

Salzwedel. Seit Jahren ist Hausarzt Dr. Ilja Karl in Sachen Gesundheitspolitik aktiv. Arzt und Politik – eine eher seltene Kombination, stellte er am Mittwoch im Foyer des Salzwedeler Kulturhauses fest. Dorthin hatte er zu einem gesundheitspolitischen Forum geladen. CDU, SPD, FDP und die Linke sollten im Vorfeld der Bundestagswahl am 27. September ihre Konzepte der künftigen Gesundheitspolitik vorstellen. Im November 2008 hatte Dr. Karl die gesundheitspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion eingeladen. Nicht einer kam nach Salzwedel. Stattdessen saßen stellvertretend die drei altmärkischen Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert (Linke), Hans-Heinrich Jordan (CDU) und Marko Mühlstein (SPD) im Podium. Mühlstein war dabei in letzter Sekunde für die erkrankte Gesundheitsexpertin Carola Reimann eingesprungen. Für die FDP reiste Jens Ackermann, stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss, an. Nach einem zweistündigen Mix von Monolog und Dialog wussten die rund 60 Anwesenden: vier Parteien gleich vier Konzepte. Ein Ende der deutschen Gesundheitsreform ist nicht in Sicht.

Ein präventives Gesundheitssystem

will die Linke in Deutschland. Erst sollte geklärt werden, welche Leistungen vorgehalten werden müssen, dann soll über die Finanzierung gesprochen werden, sagte Katrin Kunert. Die Einkommensbasis für die gesetzliche Krankenversicherung müsse verbreitert und schrittweise die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden. Arbeitnehmer sollten künftig wieder nur 50 Prozent der Krankenversicherung zahlen, derzeit sind es 65 Prozent. Die elektronische Gesundheitskarte wird abgelehnt.

Jens Ackermann plädierte für das Prinzip Eigenverantwortung von Patienten, Ärzten und Krankenkassen. Letztere sollten wieder die Beitragsautonomie erhalten. Die Krankenkassen sollen für jeden Bürger ein Basispaket anbieten. Für Ärzte soll es statt eines Budgets freie Preise geben. Die elektronische Gesundheitskarte wird abgelehnt.

Regionalbezogene Arzthonorare forderte Hans-Heinrich Jordan. Der umstrittene Gesundheitsfonds müsse als dynamisches System betrachtet werden. Die elektronische Gesundheitskarte werde nicht abgelehnt, der Datenschutz müsse aber gewahrt sein.

Marko Mühlstein setzt auf ein höheres Ärztteeinkommen in ländlichen Regionen, um der drohenden Unterversorgung zu begegnen. Vorleistungen von Patienten, wie sie derzeit teilweise von Ärzten erhoben werden, lehnt er strikt ab. Die Bürgerversicherung soll eingeführt werden, und jeder soll einen Anspruch auf eine " optimale medizinische Grundversorgung " haben. Bei der Ärzteversorgung gebe es keinen Mangel, sondern eine ungleiche Verteilung.

In der Diskussion machte Michael Diesterhorst, Vize-Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalts, deutlich, dass in Sachen elektronische Gesundheitskarte der Zug längst abgefahren sei. Ende 2009 werde diese in Sachsen-Anhalt als nahezu letzter Region eingeführt. Die Technikkosten würden pauschal von den Krankenkassen getragen. In Richtung Mühlstein machte er deutlich, dass in den kommenden Jahren in Sachsen-Anhalt mehr als 160 Hausärzte aus Altersgründen ihre Praxen schließen werden. " Wenn das geschieht, haben wir Versorgungsbedarf ", so Diesterhorst. Er schätzte zugleich ein, dass Sachsen-Anhalt vom Gesundheitsfonds, der zum 1. Januar eingeführt wurde, profitiere.

Keine Experimente mehr im Gesundheitswesen

Dr. Ernst Allhoff aus Tylsen beklagte, dass Ärzte " Kassierer " geworden seien. " Die Bürokratie muss zurück zu den Krankenkassen ", forderte er. Günter Haase, Vorsitzender des Kreissenioresrates, hatte auch klare Forderungen : keine Experimente mehr im Gesundheitswesen, mehr parlamentarische Kontrolle und einen Abbau der Bürokratie. Das monatelange Warten auf einen Arzttermin müsse ein Ende haben, so Haase. " Hausarzt ist ein Superjob – aber nicht in Deutschland ", resümierte Dr. Karl. Er habe immer weniger Zeit für die Patienten, weil nur hohe Fallzahlen das Einkommen sichern. " Das ist nicht meine Vorstellung vom Arztberuf ", so Dr. Karl.